

PRESSEMITTEILUNG 10 – 22.01.2026

Birte Pauls

Pflegebedürftige entlasten - Pflegevollversicherung einführen!

Nach einer Auswertung des Verbandes der Ersatzkassen e. V. (vdek) hat die monatliche Eigenbeteiligung in Schleswig-Holstein im ersten Aufenthaltsjahr erstmals die Marke von 3.000 Euro überschritten. Dazu erklärt die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birte Pauls:

„Auch dieses Jahr macht der vdek auf einen deutlichen Anstieg der Selbstbeteiligung von Bewohner:innen in Pflegeheimen aufmerksam. Im Durchschnitt liegt die finanzielle Eigenbelastung für einen Platz im Pflegeheim derzeit schon bei über 3000 Euro.

Es ist nicht weniger als eine Tragödie, wenn Menschen in einer ohnehin sehr sensiblen Lebensphase auch noch in finanzielle Notlagen geraten. Deshalb müssen Betroffene unbedingt finanziell entlastet werden! Als SPD vertreten wir die Auffassung, dass Pflege grundsätzlich eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung ist. Deshalb fordern wir die Deckelung des Eigenanteils für die Kosten eines Platzes im Pflegeheim. Pflegeleistungen, Investitionskosten und Ausbildungskosten müssen aus dem Eigenanteil raus.

Erreichen wollen wir das mit einer Pflegevollversicherung, die sicherstellt, dass jede Person die notwendige Unterstützung erhält. Finanziert werden kann das durch eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. Davon würde nicht nur die Kasse profitieren, sondern die Gesellschaft insgesamt. Außerdem muss das Land seiner Verpflichtung nachkommen und die Investitionskosten übernehmen.

Darüber hinaus sollten die Leistungen, die nicht versicherungsrelevant sind, über Steuern und nicht aus Mitgliedsbeiträgen finanziert werden.

Pflege darf nicht weiter zu einem Verarmungsrisiko werden. Deutschland gehört zu den wohlhabendsten Ländern der Welt. Da darf Pflegebedürftigkeit nicht auch noch in eine finanzielle Existenzbedrohung führen. Wir benötigen ein solidarisch finanziertes Pflegesystem und müssen die Pflegeversicherung langfristig stärken, um den steigenden Herausforderungen gerecht zu werden.

Die Frage, wie wir die ältere Generation behandeln, ist eine Frage der Würde. Sie haben durch ihr Leben, ihre Arbeit und ihr Engagement entscheidend zum Wohlstand dieses Landes beigetragen. Da kann es ja wohl nicht angehen, dass der Dank für diese Leistungen ein Leben auf Sozialhilfenniveau bedeutet, nur weil sie pflegebedürftig werden.“